



STATUTEN 2026 LANDI WIGGEN UND UMGEBUNG GENOSSENSCHAFT

Gegenüberstellung alte und neue Statuten

1. APRIL 2026
LANDI WIGGEN UND UMGEBUNG
Unterwigen 2, 6192 Wigen

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
1. Firma, Sitz und Zweck	1. Firma, Sitz und Zweck
Art. 1 Unter dem Namen "Landi Wiggen und Umgebung, Genossenschaft" besteht auf unbestimmte Zeit eine Genossenschaft gemäss Art. 828ff. mit Sitz in Escholzmatt. (CH-100.5.010.734-6)	Art. 1 Unter der Firma " LANDI Wiggen und Umgebung, Genossenschaft" (nachfolgend Genossenschaft) [CHE-105.799.919] besteht auf unbestimmte Zeit eine Genossenschaft gemäss Art. 828ff. OR mit Sitz in Escholzmatt- Marbach .
Art. 2 Die Genossenschaft bezweckt in der Hauptsache die Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe. Insbesondere durch <ul style="list-style-type: none"> • Versorgung der Landwirtschaft und weiterer Kreise mit Produktionsmitteln, Verbrauchsgütern und Dienstleistungen • Abnahme und Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, • Weiterbildung der Mitglieder. 	Art. 2 Die Genossenschaft unterstützt - in Partnerschaft mit der fenaco Genossenschaft - die Landwirtinnen und Landwirte bei der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Unternehmen. Die Genossenschaft bezweckt in ihrem Wirtschaftsgebiet <ul style="list-style-type: none"> - die Versorgung der Landwirtschaft und weiterer Kreise mit einem breiten Sortiment von Produktionsmitteln, Verbrauchsgütern, Technologien und Dienstleistungen, einschliesslich erneuerbaren und fossilen Energien; - die Abnahme, Lagerung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. <p>Die Genossenschaft kann Grundeigentum erwerben und veräussern sowie Zweigniederlassungen errichten, Tochtergesellschaften gründen, Stiftungen errichten, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder mit ihnen Kooperationsverträge abschliessen. Die Genossenschaft kann im Übrigen alle Geschäfte tätigen, welche geeignet sind, die Entwicklung der Genossenschaft und die Erreichung des Zweckes der Genossenschaft zu fördern.</p>
Art. 3 Das Wirtschaftsgebiet der Genossenschaft wird von der Verwaltung unter Berücksichtigung der Interessen anderer fenaco-Mitgliedgenossenschaften festgelegt.	Art. 3 Das Wirtschaftsgebiet der Genossenschaft (nachfolgend LANDI) wird vom Verwaltungsrat mit den Nachbar-LANDI und mit der fenaco Genossenschaft (nachfolgend fenaco) koordiniert und abgesprochen.
2. Mitgliedschaft	2. Mitgliedschaft
Art. 4 Mitglied der Genossenschaft kann werden, wer in deren Wirtschaftsgebiet wohnt und/oder eine Beziehung zu deren Geschäftstätigkeit hat. Juristische Personen und öffentlichrechtliche Körperschaften können auch als Mitglieder aufgenommen werden. Die Mitgliedschaft ist persönlich und (abgesehen von Art. 5 Abs. 2 dieser Statuten) nicht übertragbar. Der Beitritt ist schriftlich zu erklären. Über die Aufnahme entscheidet die Verwaltung. Abgelehnte Bewerber können innert 30 Tagen	Art. 4 Mitglied der LANDI kann werden, wer im Grundsatz einen landwirtschaftlichen Betrieb führt , in deren Wirtschaftsgebiet wohnt und/oder eine Beziehung zu deren Geschäftstätigkeit hat. Juristische Personen und öffentlichrechtliche Körperschaften können auch als Mitglieder aufgenommen werden. Die Mitgliedschaft ist persönlich und (abgesehen von Art. 5 Abs. 2 dieser Statuten) nicht übertragbar. Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
nach Zustellung des Entscheids mit schriftlicher Erklärung an den Präsidenten einen Entscheid der nächsten Generalversammlung beantragen.	Über die Aufnahme entscheidet der Verwaltungsrat . Abgelehnte Bewerber können innert 30 Tagen nach Zustellung des Entscheids mit schriftlicher Erklärung an den Präsidenten einen Entscheid der nächsten Generalversammlung beantragen.
<p>Art. 5 Jedes Mitglied kann mit schriftlicher Erklärung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf das Ende eines Geschäftsjahres aus der Genossenschaft austreten.</p> <p>Mit dem Tod des Genossenschafters erlischt die Mitgliedschaft. Ein Erbe des verstorbenen Genossenschafters kann jedoch in dessen Rechte und Pflichten eintreten, sofern er die Mitgliedschaftsvoraussetzungen erfüllt und innert einem Jahr ab dem Todestag ein schriftliches Aufnahmebegehren stellt.</p> <p>Ein Mitglied kann jederzeit durch Beschluss der Verwaltung ausgeschlossen werden:</p> <p>a) wenn wesentliche Bedingungen für die Aufnahme nicht mehr erfüllt sind</p> <p>b) wenn das Mitglied in schwerwiegender Weise gegen die Interessen der Genossenschaft oder deren Statuten verstossen hat</p> <p>c) aus anderen wichtigen Gründen.</p> <p>Ausgeschlossene haben das Recht, innert 30 Tagen nach Mitteilung des Ausschlusses einen Entscheid der nächsten Generalversammlung zu beantragen. Bis zum Entscheid der Generalversammlung ruhen die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten. Gemäss Art. 846 Abs. 3 OR kann der Ausgeschlossene gegen den Ausschliessungsentscheid der Generalversammlung innert drei Monaten den Richter anrufen.</p>	<p>Art. 5 Jedes Mitglied kann mit schriftlicher Erklärung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf das Ende eines Geschäftsjahres aus der LANDI austreten.</p> <p>Mit dem Tod des Mitgliedes erlischt die Mitgliedschaft. Ein Erbe des verstorbenen Mitgliedes kann jedoch in dessen Rechte und Pflichten eintreten, sofern er die Mitgliedschaftsvoraussetzungen erfüllt und innert einem Jahr ab dem Todestag ein schriftliches Aufnahmebegehren stellt.</p> <p>Ein Mitglied kann jederzeit durch Beschluss des Verwaltungsrates ausgeschlossen werden:</p> <p>a) wenn wesentliche Bedingungen für die Aufnahme nicht mehr erfüllt sind</p> <p>b) wenn das Mitglied in schwerwiegender Weise gegen die Interessen der LANDI oder deren Statuten verstossen hat</p> <p>c) aus anderen wichtigen Gründen.</p> <p>Ausgeschlossene haben das Recht, innert 30 Tagen nach Mitteilung des Ausschlusses einen Entscheid der nächsten Generalversammlung zu beantragen. Bis zum Entscheid der Generalversammlung ruhen die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten. Gemäss Art. 846 Abs. 3 OR kann der Ausgeschlossene gegen den Ausschliessungsentscheid der Generalversammlung innert drei Monaten den Richter anrufen.</p>
<p>Art. 6 Jeder Genossenschafter zeichnet bei seiner Aufnahme einen Anteilschein zum Nennwert von Fr. 500.--. Der Anteilschein lautet auf den Namen des Genossenschafters und wird im Mitgliederverzeichnis nachgeführt.</p> <p>Eine Rückzahlung des Anteilscheines, höchstens zum Nennwert, erfolgt nur bei Ausscheiden des Genossenschafters oder bei Liquidation der Genossenschaft. Im Falle des Ausscheidens besteht ein Anspruch auf Auszahlung frühestens ein Jahr nach dem Erlöschen der Mitgliedschaft. Den Wert des Anteilscheins bei Rückzahlung legt die Generalversammlung fest.</p>	<p>Art. 6 Jedes Mitglied zeichnet bei seiner Aufnahme einen Anteilschein zum Nennwert von Fr. 500.--. Der Anteilschein lautet auf den Namen des Mitgliedes und wird im Mitgliederverzeichnis nachgeführt.</p> <p>Eine Rückzahlung des Anteilscheines, höchstens zum Nennwert, erfolgt nur bei Ausscheiden des Mitgliedes oder bei Liquidation der LANDI. Im Falle des Ausscheidens besteht ein Anspruch auf Auszahlung frühestens ein Jahr nach dem Erlöschen der Mitgliedschaft. Den Wert des Anteilscheins bei Rückzahlung legt die Generalversammlung fest.</p>

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
<p>Zeigt die Bilanz zum Zeitpunkt der Rückzahlung einen Verlust, so wird der Rückzahlungsbetrag um den verhältnismässigen Anteil gekürzt.</p> <p>Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Genossenschaftsvermögen. Es bestehen weder Nachschusspflicht noch persönliche Haftung.</p> <p>Ausscheidende Genossenschafter oder Erben haben, mit Ausnahme des Anteilscheins, keinen Anspruch auf das Vermögen der Genossenschaft.</p> <p>Der Bilanzgewinn wird zur Äufnung der gesetzlichen Reserve und einer Verzinsung des Anteilscheinkapitals verwendet.</p>	<p>Zeigt die Bilanz zum Zeitpunkt der Rückzahlung einen Verlust, so wird der Rückzahlungsbetrag um den verhältnismässigen Anteil gekürzt.</p> <p>Für die Verbindlichkeiten der LANDI haftet nur das Genossenschaftsvermögen. Es bestehen weder Nachschusspflicht noch persönliche Haftung.</p> <p>Ausscheidende Mitglieder oder Erben haben, mit Ausnahme des Anteilscheins, keinen Anspruch auf das Vermögen der LANDI.</p> <p>Wird der Bilanzgewinn oder ein Teil davon ausgeschüttet, so erfolgt die Verteilung - nach Äufnung der gesetzlichen Reserve und einer Verzinsung des Anteilscheinkapitals - unter den Mitgliedern nach Massgabe ihrer Bezüge, Ablieferungen und Benützung der genossenschaftlichen Einrichtungen. Die Generalversammlung kann auch eine Ausschüttung an die Mitglieder zu gleichen Teilen beschliessen.</p>
3. Organisation	3. Organisation
<p>Art. 7 Organe der Genossenschaft sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Generalversammlung 2. die Verwaltung 3. gegebenenfalls die Revisionsstelle. 	<p>Art. 7 Organe der LANDI sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Generalversammlung 2. der Verwaltungsrat 3. gegebenenfalls die Revisionsstelle.
3.1 Generalversammlung	3.1 Generalversammlung
<p>Art. 8 Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Genossenschaft.</p> <p>Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Festsetzung und Änderung der Statuten. 2. Wahl des Präsidenten und der übrigen Mitglieder der Verwaltung. 3. Wahl der Revisionsstelle gemäss Art. 7 Ziff. 3. 4. Wahl des Geschäftsführers 5. Abnahme des Geschäftsberichtes, der Betriebsrechnung und der Bilanz und gegebenenfalls die Entgegennahme des Berichtes der Revisionsstelle 6. Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinnes. 	<p>Art. 8 Die Generalversammlung ist das oberste Organ der LANDI.</p> <p>Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Festsetzung und Änderung der Statuten. 2. Wahl des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates. 3. Wahl der Revisionsstelle gemäss Art. 7 Ziff. 3. 4. Abnahme des Geschäftsberichtes, bestehend aus Jahresrechnung sowie Lagebericht und Entgegennahme des Berichtes der Revisionsstelle. 5. Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinnes. 6. Entlastung des Verwaltungsrates.

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
<p>7. Entlastung der Verwaltung.</p> <p>8. Beschlussfassung über die Fusion und die Auflösung der Genossenschaft.</p> <p>9. Beschlussfassung über weitere Gegenstände, die der Generalversammlung durch Gesetz oder Statuten vorbehalten sind.</p> <p>10. An- und Verkauf von Liegenschaften sowie Beschlussfassung über Ausführung von Neu- und Umbauten und über Anschaffungen, welche die von der Generalversammlung festzulegende Kompetenz der Verwaltung übersteigen.</p>	<p>7. Beschlussfassung über die Fusion und die Auflösung der LANDI.</p> <p>8. Beschlussfassung über weitere Gegenstände, die der Generalversammlung durch Gesetz oder Statuten vorbehalten sind.</p> <p>9. Festsetzung der Kompetenzbeträge des Verwaltungsrates für:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erwerb und Veräußerung von Grundstücken inkl. Baurechten, Beschlussfassung über Neu- und Umbauten. - Beschlussfassung betreffend Anschaffungen, Leasing- und Mietverpflichtungen sowie Reparaturen und Unterhalt. - Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen. <p>Wird kein Betrag festgelegt, ist der Verwaltungsrat zuständig.</p>
<p>Art. 9 Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt.</p> <p>Eine ausserordentliche Generalversammlung findet statt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wenn eine Generalversammlung, die Verwaltung oder die Revisionsstelle dies beschliessen 2. wenn wenigstens der zehnte Teil der Genossenschafter oder, bei Genossenschaften von weniger als 30 Mitgliedern, mindestens drei Genossenschafter die Einberufung verlangen. <p>Die Einladung erfolgt mindestens 10 Tage im voraus (Datum des Poststempels) durch schriftliche Einladung an die Mitglieder.</p> <p>Zu jeder Einladung gehört eine Traktandenliste, aus der die Verhandlungsgegenstände und die Anträge im Wortlaut ersichtlich sind. Der Geschäftsbericht, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, ist 10 Tage vor dem Versammlungstag am Sitz der Genossenschaft aufzulegen. Ein Auszug ist der Einladung beizulegen. Sind Statutenänderungen vorgesehen, so ist deren voller Wortlaut in die Einladung aufzunehmen.</p> <p>Über nicht angezeigte Gegenstände kann zwar verhandelt, nicht aber beschlossen werden. Vorbehalten bleibt der Beschluss über die Einberufung einer weiteren Generalversammlung.</p>	<p>Art. 9 Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt.</p> <p>Eine ausserordentliche Generalversammlung findet statt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wenn eine Generalversammlung, der Verwaltungsrat oder die Revisionsstelle dies beschliessen 2. wenn wenigstens der zehnte Teil der Mitglieder oder, bei LANDI von weniger als 30 Mitgliedern, mindestens drei Mitglieder die Einberufung verlangen. Die Versammlung ist innerhalb von 60 Tagen seit Eingang des Begehrens vom Verwaltungsrat abzuhalten. <p>Die Einladung erfolgt mindestens 10 Tage vor dem Versammlungstag durch briefliche oder elektronische Zustellung.</p> <p>Zu jeder Einladung gehört eine Traktandenliste, aus der die Verhandlungsgegenstände und die Anträge im Wortlaut ersichtlich sind. Der Geschäftsbericht ist den Mitgliedern brieflich oder elektronisch zugänglich zu machen.</p> <p>Sind Statutenänderungen vorgesehen, so ist deren voller Wortlaut in die Einladung aufzunehmen.</p> <p>Über nicht angezeigte Gegenstände kann zwar verhandelt, nicht aber beschlossen werden. Vorbehalten bleibt der Beschluss über die Einberufung einer weiteren Generalversammlung.</p>

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
	Art. 9a (neu) Der Verwaltungsrat der LANDI beschliesst den Tagungsort der Generalversammlung.
	Art. 9b (neu) Der Verwaltungsrat kann vorsehen, dass Mitglieder die nicht am Ort der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können.
	Art. 9c (neu) Die Generalversammlung kann mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchgeführt werden. Der Zugang zur virtuellen Generalversammlung wird den Mitgliedern mit der Einladung zur Generalversammlung zugestellt. Der Verwaltungsrat kann in diesem Fall auf die gesetzlich vorgesehene Bezeichnung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters verzichten.
	Art. 9d (neu) Der Verwaltungsrat der LANDI regelt die Verwendung elektronischer Mittel unter der Berücksichtigung der dafür zu beachtenden rechtlichen Voraussetzungen.
Art. 10 Jedes Mitglied hat an der Generalversammlung eine Stimme. Jedes Mitglied kann sich an der Generalversammlung durch einen handlungsfähigen Familienangehörigen oder mit schriftlicher Vollmacht durch ein anderes Mitglied der Genossenschaft vertreten lassen. Ein Genossschafter kann nur einen anderen Genossschafter vertreten. Familienangehörige können keine anderen Genossschafter vertreten. Beschlüsse und Wahlen erfolgen offen, wenn nicht ein Viertel der Anwesenden schriftliche Abstimmung beantragt. Für die Annahme bedarf es, wenn nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, des absoluten Mehrs der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen und leere Stimmzettel gelten nicht als abgegebene Stimmen.	Art. 10 Jedes Mitglied hat an der Generalversammlung eine Stimme. Dem Vorsitzenden steht ein Stichentscheid zu. Jedes Mitglied kann sich an der Generalversammlung durch einen handlungsfähigen Familienangehörigen oder mit schriftlicher Vollmacht durch ein anderes Mitglied der LANDI vertreten lassen. Ein Mitglied kann nur ein anderes Mitglied vertreten. Familienangehörige die bereits ein Mitglied vertreten , können keine weiteren Mitglieder vertreten. Beschlüsse und Wahlen erfolgen offen, wenn nicht ein Viertel der Anwesenden schriftliche Abstimmung beantragt. Für die Annahme bedarf es, wenn nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, des absoluten Mehrs der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen und leere Stimmzettel gelten nicht als abgegebene Stimmen. Bei Wahlen entscheidet im ersten Wahlgang das absolute, im zweiten und folgenden Wahlgängen das relative Mehr der abgegebenen Stimmen. Der Kandidat mit der geringsten Stimmenzahl scheidet

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
<p>Bei Wahlen entscheidet im ersten Wahlgang das absolute, im zweiten und folgenden Wahlgängen das relative Mehr der abgegebenen Stimmen. Der Kandidat mit der geringsten Stimmenzahl scheidet für den nächsten Wahlgang aus. Bei Stimmengleichheit im letzten Wahlgang entscheidet das Los.</p>	<p>für den nächsten Wahlgang aus. Bei Stimmengleichheit im letzten Wahlgang entscheidet das Los.</p>
<p>Art. 11 Der Präsident führt den Vorsitz in der Generalversammlung, bei seiner Verhinderung der Vizepräsident, bei dessen Verhinderung ein anderes Mitglied der Verwaltung gemäss Beschluss der Verwaltung.</p> <p>Über die Verhandlungen wird ein Protokoll aufgenommen, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.</p>	<p>Art. 11 Der Präsident führt den Vorsitz in der Generalversammlung, bei seiner Verhinderung der Vizepräsident, bei dessen Verhinderung ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates gemäss Beschluss des Verwaltungsrates.</p> <p>Über die Verhandlungen wird ein Protokoll aufgenommen, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.</p>
<p>3.2 Verwaltung</p>	<p>3.2 Verwaltungsrat</p>
<p>Art. 12 Die Verwaltung besteht aus dem Präsidenten und mindestens vier weiteren Mitgliedern. Sie bestimmt je ein Mitglied zum Vizepräsidenten und zum Aktuar.</p> <p>Alle Mitglieder der Verwaltung müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.</p> <p>Die Mitglieder werden für eine Amtsdauer oder den Rest einer solchen gewählt. Die verschiedenen Geschäftsbereiche und die einzelnen Regionen der Genossenschaft sind bei der Besetzung der Verwaltung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Die Amtsdauer beträgt vier Jahre und endet mit der ordentlichen Generalversammlung oder mit dem Rücktritt. Eine Wiederwahl ist möglich.</p> <p>Der Präsident und die Mitglieder der Verwaltung scheiden auf das Ende derjenigen Amtsdauer aus, während der sie das 65. Altersjahr vollenden.</p>	<p>Art. 12 Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten und mindestens vier weiteren Mitgliedern. Er bestimmt ein Mitglied zum Vizepräsidenten.</p> <p>Alle Mitglieder vom Verwaltungsrat müssen Mitglieder der LANDI sein.</p> <p>Die Mitglieder werden für eine Amtsdauer oder den Rest einer solchen gewählt. Die verschiedenen Geschäftsbereiche und die einzelnen Regionen der LANDI sind bei der Besetzung des Verwaltungsrates angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Die Amtsdauer beträgt vier Jahre und endet mit der ordentlichen Generalversammlung oder mit dem Rücktritt. Eine Wiederwahl ist möglich.</p> <p>Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsrates scheiden auf das Ende derjenigen Amtsdauer aus, während der sie das 65. Altersjahr vollenden.</p>
<p>Art. 13 Die Verwaltung hat die Geschäfte der Genossenschaft mit aller Sorgfalt zu leiten und die genossenschaftlichen Aufgaben im Einklang mit den Grundsätzen der fenaco mit besten Kräften zu fördern.</p> <p>Sie ist insbesondere verpflichtet,</p>	<p>Art. 13 Der Verwaltungsrat hat die Geschäfte der LANDI mit aller Sorgfalt zu leiten und die genossenschaftlichen Aufgaben im Einklang mit den Grundsätzen der fenaco mit besten Kräften zu fördern.</p> <p>Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:</p>

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
<p>1. die Geschäfte der Generalversammlung vorzubereiten und deren Beschlüsse auszuführen</p> <p>2. die Organisation festzulegen und allenfalls mit Geschäftsführung und Vertretung Beauftragte (Verwaltungsausschüsse, Geschäftsführer) im Hinblick auf die Beobachtung der Gesetze, der Statuten, der Empfehlungen der fenaco und allfälliger Reglemente der Genossenschaft zu überwachen und sich über den Geschäftsgang regelmässig unterrichten zu lassen.</p> <p>Die Verwaltung ist ermächtigt, die Geschäftsführung nach Massgabe eines Organisations- und Geschäftsreglementes oder aufgrund von ihr erlassener Weisungen ganz oder teilweise an ein Mitglied der Verwaltung oder an Dritte zu übertragen.</p>	<p>1. Oberleitung der LANDI und die Erteilung der nötigen Weisungen;</p> <p>2. Festlegung der Aufbau- und Ablauforganisation;</p> <p>3. Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle und der Finanzplanung der LANDI;</p> <p>4. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung betrauten Personen;</p> <p>5. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, auch im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;</p> <p>6. Erstellung des Geschäftsberichts sowie die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung der Beschlüsse;</p> <p>7. Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und Benachrichtigung des Gerichts im Falle der Überschuldung.</p> <p>Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die Geschäftsführung nach Massgabe eines Organisationsreglementes oder aufgrund von ihr erlassener Weisungen ganz oder teilweise an ein Mitglied des Verwaltungsrates oder an Dritte zu übertragen.</p>
<p>Art. 14 Die Verwaltung versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern.</p> <p>Jedes Mitglied der Verwaltung und die Kontrollstelle sind berechtigt, die Einberufung einer Sitzung zu beantragen.</p>	<p>Art. 14 Der Verwaltungsrat versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern.</p> <p>Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung und Geschäftsordnung werden im Organisationsreglement geregelt.</p> <p>Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann unter Angabe der Gründe vom Präsidenten die unverzügliche Einberufung einer Sitzung verlangen.</p> <p>Beschlüsse können an einer Sitzung mit Tagungs-ort oder unter Verwendung elektronischer Mittel gefasst werden. Beschlüsse können auch auf schriftlichem Weg auf Papier oder in elektronischer Form gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt. Im Fall der Beschlussfassung auf elektronischem Weg ist keine Unterschrift erforderlich; vorbehalten bleibt eine anderslautende Festlegung des Verwaltungsrates.</p> <p>Unter Vorbehalt von abweichenden Regelungen im Organisationsreglement, welche höhere Anwesenheitsquoten vorsehen, kann der Verwaltungsrat</p>

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
<p>Die Verwaltung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Sie fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.</p> <p>Der Vorsitzende stimmt mit und hat bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.</p> <p>Die Beschlüsse der Verwaltung sind zu protokollieren und das Protokoll muss vom Vorsitzenden und vom Protokollführer unterzeichnet werden.</p>	<p>gültig Beschlüsse fassen, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist oder mittels Telefon- oder Videokonferenz teilnimmt.</p> <p>Unter Vorbehalt von abweichenden Regelungen im Organisationsreglement, welche höhere Beschlussquoten vorsehen, fasst der Verwaltungsrat seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Vorsitzende stimmt mit und hat bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.</p> <p>Über die Verhandlungen und Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer unterzeichnet wird.</p>
<p>3.3 Revisionsstelle</p>	<p>3.3 Revisionsstelle</p>
<p>Art. 15 Die Revisionsstelle wird für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Die Amtsdauer endet mit der Generalversammlung, welcher die Revisionsstelle den letzten Bericht erstattet.</p> <p>Wiederwahl ist möglich.</p> <p>Die Generalversammlung kann auf die Wahl einer Revisionsstelle verzichten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Genossenschaft nicht zur ordentlichen Revision verpflichtet ist; 2. die Genossenschaft nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat und sämtliche Genossenschafter zustimmen. <p>Der Verzicht gilt auch für die nachfolgenden Jahre. Jeder Genossenschafter hat jedoch das Recht spätestens zehn Tage vor der Generalversammlung die Durchführung einer eingeschränkten Revision und die Wahl einer entsprechenden Revisionsstelle zu verlangen. Die Generalversammlung darf diesfalls die Beschlüsse nach Art. 8 Abs. 2 Ziff. 5 bis 7 erst fassen, wenn der Revisionsbericht vorliegt.</p> <p>Wird der Verzicht auf eine eingeschränkte Revision beschlossen, so finden alle die Revisionsstelle betreffenden Statutenbestimmungen keine Anwendung</p>	<p>Art. 15 Die Revisionsstelle wird für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Die Amtsdauer endet mit der Generalversammlung, welcher die Revisionsstelle den letzten Bericht erstattet.</p> <p>Wiederwahl ist möglich.</p> <p>Die Generalversammlung kann auf die Wahl einer Revisionsstelle verzichten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die LANDI nicht zur ordentlichen Revision verpflichtet ist; 2. die LANDI nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat und sämtliche Mitglieder zustimmen. <p>Der Verzicht gilt auch für die nachfolgenden Jahre. Jedes Mitglied hat jedoch das Recht spätestens zehn Tage vor der Generalversammlung die Durchführung einer eingeschränkten Revision und die Wahl einer entsprechenden Revisionsstelle zu verlangen. Die Generalversammlung darf diesfalls die Beschlüsse nach Art. 8 Abs. 2 Ziff. 4 bis 6 erst fassen, wenn der Revisionsbericht vorliegt.</p>
<p>Art. 16 Die Revisionsstelle hat die ihr durch Gesetz und Statuten der Genossenschaft auferlegten Pflichten und Aufgaben wahrzunehmen. Sie trägt ausserdem den Empfehlungen der fenaco Rechnung.</p>	<p>Art. 16 Die Revisionsstelle hat die ihr durch Gesetz und Statuten der LANDI auferlegten Pflichten und Aufgaben wahrzunehmen.</p>

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
Die Revisionsstelle kann die Unterstützung des Treuhand- und Revisionsbereiches der fenaco anfordern, sofern die Unabhängigkeit gemäss Art. 906 OR i.V.m. Art. 729 OR gewährleistet wird.	Die Revisionsstelle kann die Unterstützung des Treuhand- und Revisionsbereiches der fenaco anfordern.
4. Rechnungslegung	4. Rechnungslegung
Art. 17 Die Rechnungslegung richtet sich nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften und Regelwerken sowie nach den Vorgaben der fenaco. Sie wird jeweils auf das Ende eines Kalenderjahres abgeschlossen. Ein nach Abschreibungen und Rückstellungen verbleibender Bilanzgewinn wird verwendet — zur Reservenbildung gemäss den gesetzlichen Bestimmungen — zur Verzinsung des Anteilscheinkapitals — zur Finanzierung zusätzlicher, zweckbezogener Leistungen.	Art. 17 Die Rechnungslegung richtet sich nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften und Regelwerken sowie nach den Vorgaben der fenaco. Die Rechnung wird jeweils auf das Ende eines Kalenderjahres abgeschlossen.
5. Vertretungsbefugnis, Bekanntmachungen	5. Vertretungsbefugnis, Bekanntmachungen
Art. 18 Die Verwaltung bestimmt die Vertretungsbefugten. Sie kann die Zeichnungsberechtigung an den Geschäftsführer und an weitere Personen erteilen.	Art. 18 Der Verwaltungsrat bestimmt die Vertretungsbefugten, wobei diese nur kollektiv zu zweien erteilt werden darf.
Art. 19 Mitteilungen an die Mitglieder erfolgen grundsätzlich schriftlich oder anlässlich von Generalversammlungen. Publikationsorgan ist das schweizerische Handelsamtsblatt (SHAB).	Art. 19 Mitteilungen an die Mitglieder erfolgen schriftlich, auf dem elektronischen Weg , anlässlich der Generalversammlung oder in weiteren durch den Verwaltungsrat zu bestimmenden Publikationsorganen. Publikationsorgan für öffentliche Bekanntmachungen der LANDI ist das Schweizerische Handelsamtsblatt (SHAB).
6. Auflösung der Genossenschaft	6. Auflösung der Genossenschaft
Art. 20 Wird die Auflösung mit Liquidation beschlossen, kann die fenaco als Liquidatorin eingesetzt werden. Sie erstattet allen Mitgliedern einen Schlussbericht über die durchgeführte Liquidation. Ein nach durchgeführter Liquidation verbleibendes Vermögen darf nicht unter den Mitgliedern verteilt werden. Es ist derjenigen bestehenden oder neuen fenaco-Mitgliedgenossenschaft zu übergeben, die das Wirtschaftsgebiet der liquidierten Genossenschaft zur Bearbeitung übernimmt. Fehlt eine solche Genossenschaft, entscheidet die Generalversammlung über die Verteilung im Interesse der Landwirtschaft im Wirtschaftsgebiet oder zur Förderung gemeinnütziger	Art. 20 Wird die Auflösung mit Liquidation beschlossen, kann die fenaco als Liquidatorin eingesetzt werden. Sie erstattet allen Mitgliedern einen Schlussbericht über die durchgeführte Liquidation. Ein nach durchgeführter Liquidation verbleibendes Vermögen darf nicht unter den Mitgliedern verteilt werden. Es ist derjenigen bestehenden oder neuen fenaco-Mitgliedgenossenschaft zu übergeben, die das Wirtschaftsgebiet der liquidierten LANDI zur Bearbeitung übernimmt. Fehlt eine solche LANDI , entscheidet die Generalversammlung über die Verteilung im Interesse der Landwirtschaft im Wirtschaftsgebiet oder zur Förderung gemeinnütziger Zwecke.

bisherige Statuten (voller Wortlaut)	angepasste Statuten (Änderungen in roter Schrift - voller Wortlaut)
Zwecke.	
Art. 21 Wird die Genossenschaft mit einer anderen Genossenschaft fusioniert, so kommen die gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.	Art. 21
7. Verhältnis zu fenaco	7. Verhältnis zu fenaco
Art. 22 Die Genossenschaft ist Mitglied der fenaco (CH-035.5.000.560-0) mit Sitz in Bern.	Art. 21 Die LANDI ist Mitglied der fenaco. Sie ist angehalten, die Interessen der fenaco-LANDI Gruppe gemäss der LANDI Grundstrategie und Rechte und Pflichten gemäss den fenaco-Statuten in guten Treuen zu wahren.
8. Schlussbestimmungen	8. Schlussbestimmungen
Diese Statuten sind an der Generalversammlung vom 25. April 2008 beraten und angenommen worden. Sie ersetzen die Statuten vom ... und treten mit der Anmeldung ans Handelsregister in Kraft.	Diese Statuten sind an der Generalversammlung vom ...2025 beraten und angenommen worden. Sie ersetzen die Statuten vom 25. April 2008 und treten mit ihrer Eintragung ins Handelsregister in Kraft.
	Bemerkungen: - Die männliche Form umfasst der einfacheren Lesbarkeit halber auch die weibliche Form und alle weiteren Geschlechter. - Unter dem Verwaltungsrat ist die Verwaltung im Sinne von Art. 894 ff. OR zu verstehen. - Unter LANDI ist die Genossenschaft nach Art. 828 ff. OR zu verstehen.